

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

70. Jahrgang.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Koberger in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. G. Koberger in Frankenberg i. Sa.

Er scheint an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 A 60 S, monatlich 60 S. Einzelnummern laufende Monate 5 S, früherer Monate 10 S. **Bestellungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Posten und Ausgabestellen, sowie von allen Postämtern Deutschlands und Oesterreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Kaufbedingungen sind rechtzeitig anzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabestages. **Für Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. **51. Telegramme:** Tageblatt Frankenbergflöha.

Anzeigenpreis: Die 4. gest. Zeile oder deren Raum 16 S, bei Befal-Anzeigen 12 S; im amtlichen Teil pro Zeile 40 S; „Einzelanb.“ im Redaktionsheft 35 S. Für schwierigen und tabellarischen Satz 40 S. Für Wiederholungsdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Ehren-Aufnahme werden 25 S Extragebühr berechnet. **Inseraten-Nachnahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditoren.

Diphtherie-Serum mit der Kontrollnummer 1080 aus den Höchster Farbwerken ist zur **Einziehung** bestimmt worden. Dresden, am 1. August 1911.

Ministerium des Innern, II. Abteilung.

Diphtherie-Serum mit den Kontrollnummern 243, 245 und 248 bis 251 aus der Merck'schen Fabrik in Darmstadt ist wegen **Abschwächung** zur **Einziehung** bestimmt worden. Dresden, am 2. August 1911.

Ministerium des Innern, II. Abteilung.

Leichverpachtung.

Der der Stadtgemeinde gehörige sogenannte **Schünteich** (Schwanenteich) soll vom **1. Oktober 1911** ab neu verpachtet werden. Angebote sind bis zum

15. August dieses Jahres

schriftlich anher einzureichen.

Frankenberg, den 2. August 1911.

Der Stadtrat.

9. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums am Montag, den 7. August 1911, Abend 6 Uhr im Rathaussaal.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen, Eingänge.
2. Mitentscheidung über den Nachtrag zum Ortsgesetz über die pneumatische Stuben- räumung und Düngeabfuhr.
3. desgl. Bewilligung eines Stadtpreisens an den Geflügelzüchterverein für die geplante Geflügelzucht.
4. desgl. Gewährung von Reiseunterstützung an fünf städt. Beamte zum Besuche der Hygiene- Ausstellung in Dresden.

5. desgl. betr. die Entschädigung der Winklerstiftung wegen Abgangs einiger dieser Stiftung gehöriger Grundstücke.
6. Bewilligung von 50 M. zur Aufstellung einer elektr. Lampe in der Riegelstraße.
7. Mitentscheidung, Abänderung des Ortsgesetzes, die Bestellung eines gemischten Ausschusses für die Reichssteuerzuschüsse betr.
8. desgl. den Anschluß der Gemeinde Wühlbach an das hiesige Elektrizitätswerk betr.
9. desgl. die Bewilligung von 600 M. betr. für Errichtung einer Umfassungsmauer vor dem Lokomobildhaus des Elektrizitätswerkes betr.
10. Mitbewilligung von 1650 M. Kosten für eine Drehtrommelspannungskleitung von dem Aufführungshaus am See bis zum Fabrikgrundstück der Fa. Paul Weber u. Co. G. m. b. H., in der Riegelstraße.
11. Mitentscheidung betr. den Arealaustausch zwischen der Fa. Uhlmann u. Langsch und der Stadtgemeinde an der Reumühle und die Zustimmung zu Vertragsänderungen mit dieser Firma.
12. Nachverwilligung von 915 M. für Reparaturen im vormals Pöberschen Hause.
13. Bewilligung von 90 M. für Verbesserung der Springbrunnenanlage im Löhlfeld.
14. Mitentscheidung betr. den Verkauf von ca. 20000 qm Areal an die Fa. Uhlmann u. Langsch hier zwischen dem Wühlbach und der projektierten Schlachthofstraße.

Darauf nichtöffentliche Sitzung.

Frankenberg, am 4. August 1911.

Direktor Meyer, hiesig. Vorst.

Versteigerung in Niedertwiesla.

Montag, den 7. August d. J., von vorn 9 Uhr an, sollen im Restan- rant „Brauhaus“ in Niedertwiesla 1 Piano, 1 Bettsofa, 2 Kleiderschränke, 1 Wasche- schrank, 1 Sofa, 1 Ottomane, 1 Kommode, 1 Spiegel, 1 Salonspiegel, 1 Bettstelle mit Matratze, 1 Nähmaschine, 1 Ausziehtisch, 1 Regulator, 1 Damenschürze und 1 Panelbrett gegen Barzahlung versteigert werden. Frankenberg, am 4. August 1911.

Der Gerichtsvollzieher.

Im Ganzen befriedigend.

Der heutige Sommer spielt uns äbel genug mit. Nicht nur daß wir nach der Trockenheit des Jahres eine Glutthe von beispielloser Dauer zu ertragen haben; gegen die sich alle äußerlichen und inneren Abkühlungsmittel als wirkungslos erwiesen; wir haben auch in der Politik soviel Wirtswart wie selten. Die Marokkogeographie hat Erregung genug geschaffen. Die Ungewißheit über das Schicksal der Kolonne Frankenberg, welche die Entscheidung einer militärischen Expedition nach dem Caprivizipfel erforderlich machte, beunruhigt die Gemüter gleichfalls. Dazu kommt in der inneren Politik der fortgesetzte Parteienhader, den die Zeit nicht abschwächt, sondern eher noch verstärkt. Selbst auf kirchlichem Gebiet, das seiner Natur nach dem Tagesstreit entrückt zu sein pflegt, gibt es viel Trübel und heftige Auseinandersetzungen. Der Wahlkampf wird demnach heftiger entbrennen und bis zu den Wahlen im Januar kommenden Jahres wird es für den deutschen Reichstagswähler keine rechte politische Stille mehr geben. Kampf heißt Leben; der gegenwärtige politische Meinungsstreit läßt jedoch die frische und frohe Kampfesstimmung nicht recht aufkommen, da sich vielfach die bürgerlichen Parteien untereinander, für welche die Tagesforderung Zusammenrücken und gemeinsame Arbeit lauten sollte, feindselig gegenüberstehen. Das politische Gesamtbild hat der dunklen Farben reichlich genug; schauen wir aber genauer zu, so nehmen wir doch auch viele helle und freundliche Farbtöne wahr. Und auf sie zu achten und hinzuweisen, um das häßliche Wort von der Reichsverdrossenheit nicht erst aufkommen zu lassen, das ist unter den obwaltenden Umständen fittliche Pflicht.

Wir haben schon gesagt, daß die Marokkoangelegenheit ihre Schärfe verloren hat und langsam aber sicher einer friedlichen Lösung entgegensteht. Man soll diesen Erfolg der deutschen Diplomatie nicht unterschätzen, da dieser natürlich nur möglich wird dank der Größe und Stärke der deutschen Nation. Daß man uns aus Marokko gern einen Strich gerührt hätte, um uns daran, wenn auch nicht gerade in einem Krieg, so doch in eine politische Isolierung hineinzuziehen, das steht außer Frage. Heute aber besitzen wir bereits die Gewißheit, daß von den etwaigen finsternen Absichten keine zum Ziele geführt hat. Der Dreibund steht fest und unerschütterlich da als die erprobte Friedensbürgschaft in der Welt. Auch von einer Abwendung Rußlands, die als unausbleiblich angekündigt worden war, ist nichts zu bemerken gewesen. Die Jahresfamilie wird wiederum wehrwüchigen Aufenthalt auf Schloss Friedberg in Hessen nehmen. Wäre der Draht mit Petersburg gerissen oder auch nur durchgeschnitten, so wäre der Besuch unterblieben. Man erinnert sich noch von der Jarenreise nach Macconigi, auf der jede Verletzung öster- reichischen Staatsgebietes peinlich verurteilt wurde, wie Ruß- land auch vorübergehende Verstimmungen zum Ausdruck bringen kann. England und Frankreich aber haben neuerdings solche Töne angeschlagen, daß wir wohl zufrieden sein können. Der Parteienkampf im Innern muß ausgefochten werden, das läßt sich nun einmal nicht ändern. Aber während er

geführt wird, sollte man doch nicht vergessen, wie kräftig und stetig die wirtschaftlichen Verhältnisse im Reiche, von dem doch das Wohl seiner Bürger vornehmlich abhängt, sich zu entwickeln. Die amtlichen Nachweise über die Betriebsergebnisse unserer Post- und Eisenbahnverwaltungen enthalten beständig aufsteigende Zahlen. Und diese stetigen Mehrerträge sind umso höher zu bewerten, als beide Institute, Post sowohl wie Eisenbahn, auf einer von keinem anderen Lande auch nur entfernt erreichten Höhe stehen. Pünktlichkeit, Bequemlichkeit, Sauberkeit, Betriebssicherheit auf der einen und Bezahlung mit Dienstleistungen der Angestellten und Beamten auf der anderen Seite sind so hervorragend, daß sich kein anderes Land in allen diesen Fragen mit uns messen kann. Auch das Bild, das unsere Reichsfinanzen bieten, ist kein unfreundliches mehr zu nennen. Das fortdauernde Anwachsen der Schulden des Reiches und der Bundesstaaten ist an sich noch durchaus kein Krankheitsymptom. Der weitaus größte Teil der Reichs- und Staatsanleihen ist doch in werbenden Werten, besonders in Eisenbahnen angelegt und trägt daher reichliche Zinsen.

Diese Grundstoffszeit hat uns vielerlei politischen Verdruß und Unruhe bereitet. Aber gerade deshalb ist es notwendig, den Blick von den Augenblicksercheinungen einmal abzuwenden und auf das Ganze und das Dauernde zu richten. Tun wir das mit der erforderlichen Unbefangtheit, dann werden wir uns mit uns zu unserer Genugtuung davon überzeugen, daß das deutsche Reich doch eine recht wohlhabende Stätte ist und bleibt. Unsere Generation ist verdorrt und stellt hohe Ansprüche; das ist ihr Mangel, nicht der der Zustände. Ein durch keinerlei Vorurteil getrüberter Vergleich mit den Verhältnissen des Auslandes lehrt uns den Wert dessen, was wir besitzen, klar erkennen. Prüfen und wägen wir so gerecht und vorurteilsfrei, dann gelangen wir zu der Erkenntnis, daß die Zustände im Reiche trotz dem und jenem, was uns beunruhigt oder verdrückt, im ganzen doch recht befriedigend sind.

Der sozialdemokratische Mehrwert.

Den Grundstein der sozialdemokratischen Forderungen bildet die Behauptung von dem Mehrwert, die zuerst Karl Marx, der sogenannte wissenschaftliche Gründer der Sozialdemokratie, aufgestellt hat. Mehrwert soll die Arbeit sein, die die Lohnarbeiter den kapitalbesitzenden Unternehmern umsonst leisten müssen, der Teil des Gesamtertrages, den die Arbeitgeber, ohne an diesem mitzuarbeiten zu haben, für sich behalten. Deshalb brandmarkt die Sozialdemokratie die Unternehmer als Ausbeuter, Diebe, Räuber, die die kapitallosen Arbeitnehmer durch Kürzung des Lohnes und Verlängerung der Arbeitszeit vergraben. Den vollen Arbeitsvertrag, den die Lohnarbeiter zu beanspruchen haben, vermögen sie nicht zu erlangen, weil ihnen das fehlt, was die Unternehmer zu ihrer Sklaverei befähigt: Kapital. Nach der angeblich wissenschaftlichen Forderung der Sozialdemokratie sollen die Unternehmer den „Proletariern“ den „Mehrwert“ unterschlagen; aber um den Vorwurf dieser vermeintlichen Unter-

schlagung erheben zu können, macht sich die Sozialdemokratie einer wirklichen Unterschlagung schuldig: sie unterschlägt nämlich einen großen, wesentlichen Teil der Arbeit, wodurch wirtschaftliche Werte hervorgebracht werden, vor allem die Geistes- kraft, die dabei von den Unternehmern und anderen Geistes- ar- beten angewendet werden muß.

In dem Wert, der von den Lohn- oder Handarbeitern unterzogen wird, ist auch enthalten, was der Unternehmer durch Einrichtung und Leitung des Betriebes oder Geschäfts, durch Auswahl des zu liefernden Arbeitsmaterials, durch Schaffen des besten Arbeitsverfahrens, durch Ausnützung und Behauptung der richtigen, guten Absatzmärkte und durch vieles andere mehr leistet; streit man eine unwägbare, weil unübersehbare Summe von Arbeit, die von denen getan wird, die die den Lohnarbeitern zur Verfügun- gung stehenden Maschinen und Werkzeuge erfunden und hergestellt, Pläne, Zeichnungen und dergleichen geleistet haben. Wo bleibt denn der Mehrwert, der vermeintlich von den Lohn- arbeitern erarbeitet wird, wenn ein Unternehmen nicht gedeiht, wenn es zugrunde geht? Und zwar zugrunde geht, weil es der Unternehmer an Tüchtigkeit, an Leistungs-, Arbeitsfähig- keit hat fehlen lassen. Dann stellt auch der Mehrwert.

Und wie steht es denn mit dem Mehrwert, wenn an die Stelle der räuberischen bürgerlichen Unternehmer die Sozial- demokratie tritt? Bekommen dann die Lohnarbeiter ihren Mehrwert, also den vollen Arbeitsvertrag, der ihnen sonst vorenthalten wird? Es gibt heute eine recht große Zahl wirtschaftlicher Unternehmungen, die im Besitz und in der Verwaltung der Sozialdemokratie sind. Es sei nur an die sozialdemokratischen Konsumvereine und Buchdruckereien er- innert. Hier dürfte es, wenn die für die sozialdemokratischen Gesamtlehren grundlegende Behauptung vom Mehrwert und der Anspruch der Arbeiter auf den vollen Arbeitsvertrag ge- rechtfertigt sind, einen Mehrwert nicht mehr geben, weil dieser schon in dem Lohne enthalten ist, den die Arbeiter hier, im Vergleich zu dem um den Mehrwert gekürzten Lohn von bürgerlichen Unternehmern, empfangen. Wenn die Sozial- demokratie Arbeitgeber ist, so müßte sie doch so reichsaffen sein, den Proletariern alles zu geben, was sie verdienen. Steht aber ist nicht in einem einzigen der zahllosen sozial- demokratischen Unternehmen und Betriebe den Arbeitern das vermeintliche Recht auf den vollen Arbeitsvertrag zuteil ge- worden. Die Sozialdemokratie als Unternehmer denkt gar nicht daran, den Mehrwert herauszuzahlen. Es wird das auch niemals geschehen, einfach deswegen nicht, weil es un- möglich, weil der sozialdemokratische Mehrwert ein Dren- gepöhl ist. Es bleibt völlig ausgeschlossen, genau zu be- rechnen, wieviel do, wo Arbeit und Kapital, Arbeitgeber und Arbeitnehmer wirtschaftliche Werte zusammen schaffen, jede der mitwirkenden Kräfte dazu beiträgt, ganz abgesehen davon, daß zuvor auch noch ermittelt werden müßte, was aber eben- so unmöglich, wieviel die unentgeltlich mitwirkende Natur zum Hervorbringen wirtschaftlicher Werte beibringt.

Entweder — oder: entweder trifft der Vorwurf der Aus- beutung, den die Sozialdemokratie wider die bürgerlichen